



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Es gilt das gesprochene Wort!

UNTERNEHMERTAG NORD 2010

Einführung von

UVNord-Präsident Uli Wachholtz

„Sozialpolitik im Zeichen leerer Kassen“

Mittwoch, den 9. Juni 2010, 11.00 Uhr, MagnusHall Hamburg

„Sozialpolitik im Zeichen leerer Kassen“

Dieses Generalthema prägt den heutigen Unternehmertag, zu dem ich Sie hier in der MagnusHall in Hamburg alle sehr herzlich begrüße. Die Mitgliedsverbände von UVNord, Präsidium und Vorstand freuen sich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Mit Ihrer Teilnahme am Unternehmertag signalisieren Sie Solidarität mit UVNord und natürlich Interesse an dem heutigen Thema, das in naher Zukunft sicherlich noch viel politischen Sprengstoff erzeugen wird.

Für beides danke ich Ihnen. Herzlich willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt unseren Gästen, die heute zu uns sprechen werden, nämlich dem Bundesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler Deutschland aus Berlin, **Herrn Reiner Holznagel**, sowie den Teilnehmern unserer Podiumsdiskussionsrunde: dem Präses der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg – **Senator Dietrich Wersich**, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit – **Dr. Heiner Garg**, dem Hamburger Landesvorsitzenden der SPD und Mitglied des Deutschen Bundestages – **Olaf Scholz**, dem Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aus Berlin – **Alexander Gunkel**, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Nord – **Uwe Polkaehn**, und dem Moderator der Podiumsdiskussion – **Diethart Goos**, Redakteur der Welt in Hamburg.

Aus der großen Schar unserer prominenten Gäste aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung, von den Hochschulen, Kirchen, Medien, den Gewerkschaften und der Bundeswehr begrüße ich stellvertretend für alle die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Damen und Herren Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtages, den Präsidenten des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Aloys Altmann, und den Präsidenten der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Herrn Prof. Hans Christoph Zeidler.

Für die Bezirke, Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen in Hamburg und Schleswig-Holstein begrüße ich stellvertretend für alle die Landrätin des Kreises Bad Segeberg, Frau Jutta Hartwieg.

Für die uns befreundeten Kammern und Verbände begrüße ich den Präses der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, Herrn Andreas Leicht.

Im Weiteren begrüße ich die Vertreter des diplomatischen Corps.

Danken möchte ich auch den zahlreichen Vertretern der Medien, die heute den Weg zu uns gefunden haben und die uns über viele Jahre hinweg wohlwollend und umfangreich begleitet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
unser diesjähriger Veranstaltungsort ist die MagnusHall, die im Jahr 1953 mit der markanten Dachfensterkonstruktion und den großen Glasflächen als moderne Industriearchitektur ihrer Zeit fertiggestellt wurde.

Die Halle wurde zunächst als Reparaturwerkstatt und Verwaltung von Magirus-Deutz genutzt und wegen der günstigen Anbindung und dem direkten Wasserzugang wurden hier später Schiffsmotoren instand gesetzt.

Mit dieser Vergangenheit als ehemalige Industriehalle und der Gegenwart als Eventlocation ist sie prädestiniert für den diesjährigen Unternehmertag von UV-Nord hier in Hamburg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
gestatten Sie mir zunächst eine Anmerkung zu der ordentlichen Mitgliederversammlung von UVNord, die vor dem heutigen Unternehmertag stattgefunden hat.

In dieser haben die Mitglieder unseres Verbandes den Vorsitzenden des Industrieverbandes Hamburg, Herrn Hans-Theodor Kutsch, in das Präsidium und den neuen Vorsitzenden des Bankenverbandes Hamburg, Herrn Uwe Borges, in den Vorstand gewählt.

Herr Kutsch folgt Herrn Horch, dem es aufgrund der vielfachen Verpflichtungen, insbesondere als Präses der Handelskammer, nicht mehr möglich ist, den IVH im Präsidium von UVNord zu vertreten.

Herr Borges folgt Herrn Weimann, der aus beruflichen Gründen dem UVNord-Vorstand nicht mehr zur Verfügung steht.

Sehr geehrter Herr Kutsch, sehr geehrter Herr Borges,
Präsidium und Vorstand freuen sich auf die zukünftige Zusammenarbeit!

Und den Herren Horch und Weimann danke ich für die langjährige engagierte Mitarbeit und die vertrauensbasierte Zusammenarbeit in unseren Gremien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
bevor wir zum eigentlichen Thema kommen, gestatten Sie mir einige Anmerkungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation:

Das vergangene Jahr war ein schwieriges Jahr für die norddeutsche Wirtschaft. Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatten auch Hamburg und Schleswig-Holstein fest im Griff. Doch schon gegen Ende des letzten Jahres besserte sich zum Teil die Stimmung in den Unternehmen. Die Ergebnisse unserer Konjunkturumfrage im Frühjahr dieses Jahres spiegeln im Gesamtblick auf 2010 eine überwiegend positive wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr wider. Die norddeutsche Wirtschaft hat die schlimmsten Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hinter sich gelassen, und befindet sich jetzt auf dem Weg der Erholung. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass diese Aufwärtsbewegung von einem sehr niedrigen Niveau ausgeht, und es lange dauern wird, bis wir das Vorkrisenniveau wieder erreicht haben.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist dabei unerwartet und erfreulich stabil geblieben. Und die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai dieses Jahres im Vergleich zum Vormonat sowohl in Hamburg als auch in Schleswig-Holstein deutlich zurückgegangen.

Eine aktuelle Arbeitslosenquote von 8,1 % in Hamburg und 7,4 % in Schleswig-Holstein sind Ausweis für die neue Robustheit des deutschen Arbeitsmarktes. Natürlich dürfen wir bei diesen positiven Meldungen nicht übersehen, dass eine neue Definition von Arbeitslosen – die Teilnehmer an den vielfältigen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zählen nicht mehr dazu – die aktuellen Zahlen etwas verwässert.

Dennoch ist diese Entwicklung beachtlich, sie hat Gründe:

Die von den Tarifpartnern ausgehandelte Flexibilisierung der vergangenen Jahre und die Hilfe der staatlich geförderten Kurzarbeit ermöglichen den Unternehmen, schneller auf die inzwischen überraschend kräftige Nachfrage, vor allem aus dem Ausland zu reagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sorgen bereitet mir -wie uns allen- nach wie vor die Situation der öffentlichen Haushalte. Für die Politik in Berlin wie in Hamburg und Kiel gilt, Haushaltskonsolidierung geht vor Steuerentlastungen.

Der überraschende Kassensturz vom Ersten Bürgermeister und dem Finanzsenator Ende Mai hat ergeben, dass Hamburg das größte Sparpaket seiner Geschichte schnüren muss. Im Haushalt klafft eine strukturelle Lücke von mehr als einer halben Milliarde Euro.

Ganz ähnlich ist die Situation in Schleswig-Holstein. Das von der Haushaltsstrukturkommission vorgelegte Sparpaket muss einem strukturellen Defizit des Landes von rund 1,25 Milliarden Euro entgegenwirken.

Und in Berlin erscheint die Situation keinesfalls rosiger. Die Bundeskanzlerin hat vor der 2tägigen Sparklausur am Wochenende angedeutet, das Verhältnis von Investitionen zu den Sozialausgaben, die den größten Brocken im Bundeshaushalt darstellen, neu auszutarieren. Herausgekommen ist das größte Sparpaket der bundesdeutschen Geschichte mit einer Rekordsumme von 80 Milliarden Euro bis zum Jahr 2014.

Endlich hat die Politik erkannt, dass sie nicht weiter über ihre Verhältnisse und vor allem auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben dürfen, Lehman, Ungarn, Irland, Island, Lettland und last but not least Griechenland haben gezeigt, dass die Verschuldung nicht endlos weitergehen kann, dieses ist nun auch dem Bürger und Steuerzahler klargeworden. Deshalb kommen in Berlin wie in Hamburg und Kiel derzeit alle Ausgaben auf den Prüfstand, und wir werden viele schmerzliche Einschnitte erleben.

Und damit wären wir beim Thema:

Als wirtschafts- und sozialpolitische Interessenvertretung engagiert UVNord sich seit Jahren im sozialpolitischen Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
eines vorweg: auf dem Weg aus der Verschuldung der daraus resultierenden aktuellen Krise kann und darf es keine neuen zusätzlichen Belastungen für Arbeit und Wirtschaft geben, wenn wir wieder auf Wachstumskurs kommen wollen. Im Gegenteil: Insbesondere in den Sozialversicherungen sind weitere Ausgaben senkende Strukturreformen unverzichtbar, um die Beitragssatzsumme, gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, wieder dauerhaft unter 40 % zu halten. Noch höhere gesetzliche Personalzusatzkosten wären Gift für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft muss sich dem verstärkten internationalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze stellen. Das setzt eine Entlastung der Unternehmen bei den Arbeitskosten voraus.

Ich gehe davon aus, dass wir langfristig nicht daran vorbeikommen werden, die Leistungen der Sozialversicherungen, also Rente, Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung auf eine Basissicherung mit Kernleistungen zu konzentrieren.

Die darüber hinausgehenden Ansprüche müssen dann vom Einzelnen selbst finanziert werden. Und dieses wäre nach Berechnungen der BDA ohne Beeinträchtigung der sozialen Sicherung und ohne finanzielle Überforderung der Betroffenen möglich, zumal sinkende Zwangsabgaben auch zusätzliche Handlungsspielräume schaffen.

Dabei, ich sage das ganz ausdrücklich, ist allen bewusst, dass ein sozialer Kahl Schlag in Deutschland nicht der richtige Weg ist, nur Vollkasko ohne Verantwortung hat noch nie funktioniert. Es muss gekürzt und gespart werden, aber dort, wo es möglich und sozial verträglich ist. Wir kommen an grundlegenden Reformen unseres Sozialsystems nicht vorbei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Arbeitgeber und Versicherte im Norden sind ihrer Verantwortung für strukturelle Verbesserungen insofern gerecht geworden, als sie in den vergangenen Jahren mit der Fusion der Rentenversicherungen von Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zur Deutschen Rentenversicherung Nord sowie der Fusion der AOK Hamburg mit der AOK Rheinland ein großen Schritt auf dem Weg der notwendigen Fusionen der deutschen AOKen gemacht haben.

Ebenso die bevorstehende Fusion der AOK Schleswig-Holstein mit der AOK Westfalen-Lippe ist ein deutliches Signal, dass auch die Selbstverwaltungen einen wichtigen Beitrag zur Neuausrichtung leisten, und zur notwendigen Bündelung der Kräfte kommen – zum Wohle der Versichertengemeinschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich möchte es bei diesen einführenden Worten belassen.

Wir dürfen uns jetzt auf den Vortrag von Herrn Holznagel, dem Bundesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler Deutschland, freuen, bevor Herr Goos von der Welt die Moderation der Podiumsdiskussion übernehmen wird und wir einen Einblick in die Ausrichtung der Sozialpolitik in Hamburg, Schleswig-Holstein, aber auch des Bundes bekommen werden. Diskussionsbedarf, da bin ich mir sicher, ist ausreichend vorhanden.

Sehr geehrter Herr Holznagel,
ich darf Ihnen jetzt schon ein hoch aufmerksames und interessiertes Auditorium versprechen: Sie haben das Wort.

09.06.2010